



Entgrenzte Freiheit

Demokratisierung im ökologischen Notstand?

Ingolfur Blühdorn / Karoline Kalke



IGN Interventions Feb|2020

Herausgegeben vom

Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)

<http://www.wu.ac.at/IGN/>

WU WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

IGN

**INSTITUT FÜR
GESELLSCHAFTSWANDEL
UND NACHHALTIGKEIT**

Bitte zitieren als

Ingolfur Blühdorn/Karoline Kalke: Entgrenzte Freiheit. Demokratisierung im ökologischen Notstand?, IGN-Interventions Febr./2020, INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWANDEL UND NACHHALTIGKEIT (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien, Austria.

Weniger ausgearbeitete Versionen dieses Artikels sind erschienen als „Befreiung von der Mü(n)digkeit“ (Blühdorn und Kalke 2019) sowie in *soziopolis* unter <https://www.sozio-polis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/entgrenzte-freiheit/>.

© Alle Rechte liegen bei den Autoren. Die Vervielfältigung und Verbreitung des Textes für ausschließlich wissenschaftliche Zwecke ist erlaubt. Jede Form von Nachdruck, Übersetzung, oder anderweitige Nutzung in Medien jeglicher Art nur nach Rücksprache mit dem INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWANDEL UND NACHHALTIGKEIT (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien, Austria.

Titelfotos: The Fridays for Future climate demonstration on September 27 2019 in Stockholm. Copyright Owner: Frankie Fouganthin, License Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International, https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/3d/Fridays_for_Future_in_Stockholm_2019.jpg; Kitesurfer. Copyright Owner: Stefan van der Kamp, License Creative Commons Attribution 3.0 Unported, <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/ab/Kitesurf.jpg>.

Kontakt: Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn, Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, 1020 Wien, Österreich, <https://www.wu.ac.at/IGN/>; Email: IGN@wu.ac.at

Entgrenzte Freiheit.

Demokratisierung im ökologischen Notstand?¹

Ingolfur Blühdorn / Karoline Kalke

Zusammenfassung

Die alten Thesen der *Selbsterstörung der Demokratie*, des *pervierten Liberalismus* und der *Unverzichtbarkeit des autoritären Umweltstaates* sind beunruhigend aktuell: In modernen Konsumgesellschaften entfalten sich grundlegende – gerade auch nachhaltigkeitspolitische – Zweifel an der Demokratie; ein demokratischer und ein ökologischer Notstand fallen zusammen, und forcieren eine Hinwendung zum Autoritären. Der vorliegende Artikel sucht nach Erklärungen für den doppelten Notstand und fragt, ob eine *Demokratisierung der Demokratie* noch einen plausiblen Ausweg bietet. Eine wesentliche Ursache der beobachteten Tendenzen sieht er in der Entgrenzung von Freiheits- und Berechtigungsansprüchen, die er ihrerseits unmittelbar mit der Verabschiedung des aufklärerischen Ideals der Mündigkeit in Verbindung bringt. Beide zusammen, argumentiert er, entziehen sowohl der Demokratie als auch dem Projekt einer sozial-ökologischen Transformation den Boden. Die digitale Revolution vollendet den Abschied von der Mündigkeit, beschleunigt die Entgrenzung der Freiheit und führt die Idee einer Demokratisierung der Demokratie ad absurdum. Stattdessen entfaltet sich die mehrheitsautoritäre und exklusionsdemokratische Sicherung der sozial-ökologischen Nicht-Nachhaltigkeit.

¹ Wir danken den anonymen Gutachter*innen sowie Hauke Dannemann und Michael Deflorian für ihre konstruktiven Kommentare zu früheren Textfassungen.

1. Einleitung

Platon hatte gewarnt, dass die Demokratie „an dem unersättlichen Streben nach ihrem höchsten Gut“, der Freiheit, letztlich zugrunde gehen und in die Tyranis einmünden werde; denn „die Unersättlichkeit“ und „ein Übermaß von Freiheit“ schlugen unvermeidlich in die „härteste Knechtschaft“ um (Platon 1982, S. 389–391). Karl Polanyi, dessen Werk für die jüngste Literatur zur sozial-ökologischen Transformation zu einem wichtigen Bezugspunkt geworden ist, führte aus, dass die „liberale Philosophie“ jeden Versuch der politischen Intervention und Begrenzung „als Unfreiheit denunziert“ und „als Tarnung der Versklavung verspottet“. Auf diese Weise sichere sie eine „pervertierte Freiheit“ für wenige, die schließlich aber in die „völlige Vernichtung der Freiheit“ führen werde (Polanyi 1978, S. 336–340). Und einige ökologische Vordenker, die sich bereits in den 1970er Jahren um die ökologische Apokalypse und das Überleben der Menschheit sorgten (z.B. Hardin 1968, 1977; Heilbroner 1974; Ophuls 1977), waren überzeugt, dass sich die ökologische Krise, die sich zu ihrer Zeit erst andeutete, mit demokratischen Mitteln nicht beherrschen lasse, sondern letztlich einen starken, autoritären Staat unverzichtbar machen werde. Alle drei Thesen – die von der Selbstzerstörung der Demokratie, die vom pervertierten Liberalismus und die vom autoritären Umweltstaat – sind beunruhigend aktuell; und ganz besonders beunruhigend ist ihre wechselseitige Verschränkung.

Tatsächlich entfaltet sich in modernen Konsumgesellschaften eine fundamentale Krise, eine Erschöpfung, der Demokratie (Crouch 2008; Mair 2013; Brennan 2018; Mounk 2018), die begleitet ist von einer *Welle der Autokratisierung* (Lührmann und Lindberg 2019) und einer *Flucht ins Autoritäre* (Decker und Brähler 2018). In der einschlägigen Literatur ist von der *Entzauberung der Demokratie* (Willke 2014) die Rede, einem *democratic fatigue syndrome* (van Reybrouck 2016; Appadurai 2017), einem *disgust with democratic politics* (Runciman 2018) oder sogar vom *Hass der Demokratie* (Rancière 2011). Rechtspopulistische Bewegungen und

Regierungen stellen offen die Prinzipien der Pressefreiheit, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und die allgemeinen Menschenrechte in Frage. David van Reybrouck stellt in einem Bestseller mit dem Verweis auf das „Recht auf kompetentes Regieren“ sogar das allgemeine und gleiche Wahlrecht zur Diskussion (van Reybrouck 2016). Und in der umwelt- und klimapolitischen Literatur erleben autoritäre Ansätze ein auffälliges Comeback (z.B. Shearman und Smith 2007; Beeson 2010; Wainwright und Mann 2013; Chen und Lees 2018). Denn die moderne Demokratie „lebt davon, sich beständig und in ständig wachsendem Maße Natur einzuverleiben“ (Lessenich 2019, S. 72), und demokratische Systeme erweisen sich zunehmend als unfähig, wirklich *transformative* Maßnahmen zu beschließen und durchzusetzen (Hausknost 2020). Sie erscheinen als verbots- und vor allem begrenzungsunfähig. Doch Grenzziehung, Begrenzung und Grenzein-

Mündigkeit ist eine notwendige Bedingung für die Stabilisierung der Demokratie, für eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit und zur Verhinderung der Flucht ins Autoritäre.

haltung – vom Club of Rome bereits Anfang der 1970er Jahre angemahnt (Meadows et al. 1972) – sind heute das unbedingte Gebot der Stunde – nicht nur für Rechtspopulisten. Wissenschaftler*innen verweisen mit höchster Dringlichkeit auf nicht verhandelbare *planetary boundaries* (Rockström et al. 2009; Biermann 2012). Aktivist*innen fordern sofortige Verbote, die resolut durchzusetzen seien (Langer 2019). Angesichts des *Klimanotstands*, den inzwischen auch das Europäische Parlament bestätigt hat (Europäisches Parlament 2019), setzen sie vor allem auf fachkundige Expert*innen und einen durchsetzungsfähigen Umweltstaat. Dabei übergehen sie den grundsätzlich politischen Charakter aller Grenzziehungen (Dietz und Wissen 2009) – und bestätigen auf ihre Weise die tiefe Skepsis gegenüber der Demokratie.

In diesem demokratisch-ökologischen Doppelnotstand stellt sich die Frage: Was sind die Ursachen der demokratischen Ernüchterung? Lässt sich die Begrenzungsschwäche der Demokratie therapieren? Eröffnet eine *Demokratisierung der Demokratie* – eine alte Forderung, die weiterhin aktuell ist (Lessenich 2019; Asara 2019) – Perspektiven für die Restabilisierung

der Demokratie und für das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit? Im Folgenden gehen wir der These nach, dass eine wesentliche Ursache für die – gerade auch nachhaltigkeitspolitische – Erschöpfung der Demokratie in der *Entgrenzung* von Freiheits- und Berechtigungsansprüchen liegt, die wir ihrerseits unmittelbar mit der Verabschiedung des aufklärerischen Ideals der *Mündigkeit* (Blühdorn 2018; Blühdorn und Kalke 2019; Blühdorn 2020a) verknüpfen. Beide zusammen entziehen sowohl der Demokratie als auch dem Projekt einer sozial-ökologischen Transformation den Boden. Mit diesem Ansatz wollen wir nicht eine erschöpfende Beantwortung unserer Fragen bieten.

Vielmehr wollen wir gezielt eine Denklinie verfolgen, die sich komplementär zu all jenen Ansätzen verhält, die in herrschaftskritischer Absicht vor allem die Unterdrückung und *Be-grenzung* von Freiheitsansprüchen ins Zentrum stellen. Nachhaltigkeitspolitisch ist nämlich die *Ent-grenzung* solcher Ansprüche kein geringeres Problem. Wer aber von *entgrenzter Freiheit* spricht, steht immer im Verdacht, nah an rechten und reaktionären Diskursen zu sein. Doch die Idee der Mündigkeit, die wir hier stark machen wollen, und die der Freiheit die Regel geben soll, ist ein genuin emanzipatorisches Ideal. Und die Fähigkeit und Bereitschaft zur Mündigkeit – daran wollen wir erinnern – ist eine notwendige Bedingung für eine Stabilisierung der Demokratie, für eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit und zur Verhinderung der – auch umweltpolitischen – Flucht ins

Autoritäre. Sie ist unverzichtbar für das Projekt der demokratischen *Selbstbegrenzung*.

Der folgende Abschnitt konzentriert sich zunächst auf die Idee des mündigen, selbstbestimmten Subjekts, die seit den 1970er Jahren gerade auch für umweltpolitische Vordenker*innen im Mittelpunkt des Versuches stand, die ökologische Krise durch eine Erneuerung der Demokratie in den Griff zu bekommen. Abschnitt drei beleuchtet einen *Werte- und Kulturwandel*, infolge dessen die in der aufklärerischen Idee des Vernunftsubjekts impliziten Vorstellungen von Mündigkeit, Verantwortlichkeit und Autonomie seit den 1990er Jahren zunehmend als einengend oder gar als „Zumutung“ (Baatz 2019) wahrgenommen werden. Abschnitt vier erkundet die Bedeutung der digitalen Revolution, die hier insofern relevant ist, als sie von der *technologischen* Seite her den Abschied von der Mündigkeit vollendet und vielleicht unumkehrbar macht. Abschließend bewerten wir die Perspektiven für eine Erneuerung und Demokratisierung der Demokratie und für das Projekt einer demokratischen Transformation zur Nachhaltigkeit: An der Schwelle zur digitalen Moderne scheint beides immer weniger aussichtsreich. Empirisch entfaltet sich vielmehr das Szenario einer *mehrheitsautoritären Verwaltung der Nicht-Nachhaltigkeit*, die einer Minderheit auch im ökologischen Notstand ihre entgrenzte Freiheit sichert.

2. Mündigkeit und Empowerment

Die aufklärerische Idee des freien, mündigen und selbstbestimmten Menschen, dessen Würde unantastbar und der das Subjekt universaler Menschenrechte ist, bildet den normativen Kern der Demokratie und des demokratischen Projekts (Blühdorn 2013). Diese Idee impliziert die Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums sowie die des kollektiven Subjekts, also die Souveränität des Volkes. Sie ist zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen

politischen Gemeinschaften auf unterschiedliche Weise ausbuchstabiert und institutionalisiert worden. Entsprechend begründet sie recht verschiedene Formen der Demokratie (Held 2006; Schmidt 2008). Aber die Idee des freien und mündigen Subjekts ist letztlich der normative Referenzpunkt jeder kritischen Theorie der Gesellschaft, jeder emanzipatorischen Politik und aller Kriterien, an denen demokratische Institutionen und Systeme gemessen wer-

den. Sie ist das Ziel, auf das demokratische Bewegungen stets ausgerichtet waren. Solche Bewegungen werden als progressiv und emanzipatorisch bezeichnet, weil und insofern sie als Vorkämpfer*innen dieser Norm auftreten – die freilich stets ein unerfülltes Ideal bleibt.

Auch im Hinblick auf die sich entfaltende Umweltkrise und drohende ökologische Katastrophen wurde der Mündigkeit bzw. dem*der mündigen Bürger*in seit den *neuen sozialen Bewegungen* erhebliche Bedeutung zugemessen. War noch Schumpeter mit seinem Modell der Demokratie als Methode zur Elitenauswahl davon ausgegangen, dass die Bürger*innen im umfassenden Sinne unmündig sind (Schumpeter 2008/1947), und hatten auch die liberalen, repräsentativen Demokratien der Nachkriegsjahrzehnte ihren Bürger*innen nicht viel Mündigkeit zugetraut oder abverlangt, so insistierten die neuen emanzipatorischen Bewegungen seit den 1970er Jahren vehement, dass den Bürger*innen und der Zivilgesellschaft unverzüglich ihre volle Mündigkeit und ihr volles Selbstbestimmungsrecht zuzuerkennen sei. Die aus ihrer Sicht bestenfalls in formaler Hinsicht demokratische Ordnung sollte – gerade auch mit Blick auf sich abzeichnende ökologische Krisenerscheinungen – umfassend demokratisiert und die Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat und der Wirtschaft umfassend ermächtigt werden (Kaase 1982, 1984).

Zwar hatte die schon ältere Beobachtung, dass demokratische Systeme vor allem unter Bedingungen der ökonomischen Sicherheit und des materiellen Wohlstands besonders gedeihen (Tocqueville 1985/1834; Lipset 1959; Almond und Verba 1963), einige Skeptiker zu dem Umkehrschluss geführt, dass unter Bedingungen der Knappheit und angesichts der Begrenztheit des Planeten, die Demokratie keine aussichtsreiche und längerfristig haltbare Form der politischen Organisation sei. Denn die ökologische Krise erzwingt Maßnahmen, „die das Eigeninteresse der Betroffenen sich spontan nicht auferlegt hätte“ und, die „im demokratischen Prozess [nur] schwer zum Beschluss gebracht werden können“ (Jonas 2017/1979, S. 262). Auch gab es von Seiten der Sozialtheorie bereits in

Autonomie, Mündigkeit und Selbstbestimmung bedeuteten nicht die Abwesenheit von Herrschaft, sondern Selbstbeherrschung.

den 1970er Jahren Warnungen, dass der Versuch, den normativen Begriff des autonomen Subjekts zur zentralen Kategorie der Analyse moderner Gesellschaften und ihrer Probleme zu machen, in die Irre gehe, weil die Besonderheit dieser Gesellschaften sowie die Ursache ihrer Schwierigkeiten – auch der ökologischen – vielmehr in ihrer Ausdifferenzierung in weitgehend autonome Funktionssysteme liege (Luhmann 1971a, 1971b, 1984, 1986). Doch für die neuen sozialen Bewegungen stand die Idee des autonomen Subjekts und dessen demokratischer Selbstverwaltung nicht zur Disposition. Sie insistierten, dass moderne Bürger*innen auf dem von Kant vorgezeichneten Weg des *Auszuges aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit* (Kant 1985/1783, S. 55) weit fortgeschritten und zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung nun sehr viel besser in der Lage seien als die bis dato herrschenden politischen und ökonomischen Eliten.

Angesichts der technologischen und ökologischen Gefahren, die diese Eliten – und die industrielle Moderne insgesamt – heraufbeschworen hatten, erhoben sie das *Prinzip Verantwortung* (Jonas 2017/1979) zum Kernstück einer neuen Umwelt- und Gesellschaftsethik mündiger Bürger*innen. Dieses Prinzip war gewissermaßen die ökologische Übersetzung und Verlängerung des kantischen Vernunftimperativs und der kantischen Pflichtethik. Autonomie und Mündigkeit wurden verstanden als die Fähigkeit zum Gebrauch einer über die persönlichen Interessen der Gegenwart weit hinausreichenden gesamtgesellschaftlichen Vernunft, und als die Habitualisierung von Selbstbeherrschung und Selbstbegrenzung nach Maßgabe einer übergeordneten Verpflichtung auf die Freiheit, Würde und Gleichberechtigung nicht nur aller Teile der Gesellschaft, sondern auch der Natur. Autonomie und Selbstbestimmung bedeuteten in diesem Sinne nicht die Abwesenheit von Herrschaft, sondern *Selbstbeherrschung*, die vernunftgeleitete Anerkennung der moralischen Pflicht, des kategorischen Imperatives, der das persönliche Handeln und Streben stets unter die Regel des kollektiven Subjekts und des Gemeinwohls stellt. Das Ideal der *Mündigkeit* bedeutete entsprechend die Meta-

morphose der bloßen Privatperson in den Status des*der Bürger*in – als Teil einer Bürgerschaft, die Entwicklung der natürlichen Person in ein vernunftbestimmtes Subjekt, sowie die Erkenntnis, dass Freiheit und Pflicht untrennbar mit einander verbunden und zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Diese Mündigkeit war gleichzeitig die Voraussetzung und das Ziel der wahren Demokratie. Sie war die Grundlage

Das Ideal der Mündigkeit bedeutet, dass Freiheit und Pflicht untrennbar mit einander verbunden und zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

dafür, dass die liberale Demokratie in eine *partizipative* (Pateman 1970;

Macpherson 1977) und *deliberative* (Habermas 1981; Dryzek 2000; Gutmann und Thompson 2004) fortentwickelt werden konnte; und in deren Rahmen sollte die Mündigkeit weiter befördert und befestigt werden.

Aus umweltpolitischer Perspektive ergab sich die Notwendigkeit, die Demokratie fortzuentwickeln unter anderem daraus, dass die liberale Demokratie den Schwerpunkt stets vor allem auf individuelle Rechte und Freiheiten gelegt hatte, die durch besondere institutionelle Arrangements (*checks and balances*) geschützt und vom Staat garantiert werden sollten. Für den Schutz der Gemeingüter und des Gemeinwohls ist die liberale Demokratie demgegenüber sehr viel weniger gut aufgestellt. Zweitens waren die neuen technologischen und kulturellen Unsicherheiten, die Ulrich Beck später als das unterscheidende Merkmal der *Risikogesellschaft* (Beck 2003/1986) beschrieb, ein wesentlicher Grund dafür, dass die Definition und Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme und Prioritäten nicht mehr den Eliten aus Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft überlassen bleiben, sondern in die Hände mündiger Bürger*innen und der Zivilgesellschaft übertragen werden sollten. Und schließlich verlangte dies auch das demokratische Prinzip der Kongruenz zwischen denen, die politische Entscheidungen treffen, und denen, die von ihnen betroffen sind.

Der ältere, schon bei Platon besprochene Verdacht, dass die Demokratie *per se* unfähig sei,

dem Prinzip der Freiheit Grenzen zu setzen, das Gemeinwohl zu schützen und auch die Integrität der Natur zu respektieren, wurde also dahingehend entkräftet, dass nur die *liberale* Demokratie in eine Komplizenschaft mit der – und Mitschuld für die – ökologische(n) Krise verstrickt sei (Dean 2009; Eckersley 2019). Partizipative und deliberative Formen der Demokratie hingegen sollten geeignet sein, die bloß formalen Verfahren der liberalen Demokratie an substantielle Verständnisse des Gemeinwohls anzubinden, das bloß instrumentelle Verhältnis zur Demokratie in ein Verständnis von Demokratie als Selbstzweck und Lebensform fortzuentwickeln, und genau mit dieser alltäglichen Praxis der Demokratie einen grundlegenden Kulturwandel und eine gesamtgesellschaftliche Transformation zu erreichen (Barry 1999). Die Idee des*der mündigen Bürger*in wurde also zum Zentralstück der demokratischen Bewältigung der ökologischen Krise. Eine partizipative und deliberative Demokratisierung der Demokratie würde die Gesellschaft mündiger Bürger*innen in die Lage versetzen, den Exzess zu vermeiden, vor dem bereits Platon gewarnt hatte; den Umschlag in die totale Unfreiheit abzuwenden, den auch Polanyi befürchtete; und als kollektive (konviviale) *Selbstbegrenzung* (Illlich 1998/1973) zu organisieren und durchzusetzen, was im Zeichen des ökologischen Notstands andernfalls von einem autoritären Knappheits- und Begrenzungsstaat erzwungen werden müsste. Der gesellschaftliche Wertewandel, den Ronald Inglehart schon in den 1970er Jahren als die *stille Revolution* (Inglehart 1977) beschrieb, schien den empirischen Beweis dafür zu liefern, dass die Hoffnung auf die mündige Zivilgesellschaft tatsächlich begründet ist. Und bis in die Gegenwart halten verschiedene Beobachter*innen nicht nur an der These fest, dass der fortdauernde Bedeutungszuwachs emanzipatorischer Werte die Bedingungen für die Demokratie stetig weiter verbessere (Inglehart 1998; Inglehart und Welzel 2005; Alexander et al. 2012; Inglehart 2018), sondern auch, dass dieser Wertewandel den Weg zu einem neuen *Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation* (WBGU 2011) zur Nachhaltigkeit bereite.

3. Befreiung aus der Mündigkeit

Der gesellschaftliche Wertewandel seit den 1970er Jahren, die zunehmende Bedeutung emanzipatorischer Werte, wurde also als eine Entwicklung in Richtung Mündigkeit und Verantwortlichkeit interpretiert, die der Entfaltung einer wahren Demokratie und der gesellschaftlichen Bewältigung sozial-ökologischer Krisenlagen gleichermaßen zuträglich wäre. Gerade in den sich als *kritisch* verstehenden Sozialwissenschaften wurde die von den sozialen Bewegungen vorangetriebene *Demokratisierung der Demokratie* (Offe 2003) als die Befreiung des authentischen Subjekts betrachtet, dessen wahres Wesen, Rechte und Würde von den Macht- und Herrschaftsstrukturen des Kapitalismus bisher unterdrückt, kolonisiert und entfremdet worden waren, in dessen Emanzipation aber der zentrale Schlüssel zur Erfüllung des demokratischen Projekts sowie zur Überwindung der sozial-ökologischen Krise moderner Gesellschaften liege. Bis in die Gegenwart wirken die entsprechenden Entfremdungs- und Befreiungsnarrative fort. Diese Interpretation des Wertewandels und diese Narrative der kritischen Sozialwissenschaften lassen aber außer Acht, dass erstens seit jeher eine fundamentale Spannung bestanden hat, zwischen dem emanzipatorischen Prinzip der *Grenzüberschreitung* und dem ökologischen Prinzip der *Begrenzung* und *Grenzeinhaltung*, die emanzipatorisch-ökologische Bewegungen und Parteien noch nie wirklich aufzulösen vermochten, obwohl sie der Eigenlogik der Rationalisierung, des Wachstums und der Beschleunigung immer höchst kritisch gegenüber standen. Zweitens haben sich die vorherrschenden Verständnisse von Freiheit, Selbstverwirklichung und einem guten Leben in modernen Gesellschaften grundlegend verändert: Zwar gewinnen Werte der

Die Befreiung aus Verantwortlichkeiten und Moralimperativen verspricht neue Optionen der Selbstverwirklichung und verbesserten Erfolg in der Wettbewerbsgesellschaft.

Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstartikulation tatsächlich weiter an Bedeutung, und die Ansprüche und Erwartungen heutiger Bürger*innen bezüglich der politischen Partizipation, Repräsentation und Responsivität steigen stetig

(Bertelsmann Stiftung 2014). Doch die vorherrschenden Vorstellungen von mehr Selbstbestimmung, mehr Partizipation und der Weiterentwicklung der Demokratie haben sich radikal entfernt von allem, was die sozial-ökologischen

Demokratische Werte wie Gleichheit und Inklusion geraten immer offener in Konflikt mit den vorherrschenden Verständnissen von Freiheit und einem guten Leben.

Vordenker*innen der partizipativen und deliberativen Demokratie sich unter Mündigkeit und *empowerment* vorgestellt hatten.

Tatsächlich haben (Beck 2003/1986, 1994), Schulze (1993), Giddens (1997), Sennett (1999), Bauman (2000), Žižek (2010) und zuletzt noch einmal Reckwitz (2017, 2019) sehr gründlich nachgezeichnet, wie die Freisetzung des modernen Individuums aus den Zwängen und Sicherheiten traditioneller Bindungen, die Möglich- und Notwendigkeit der eigenverantwortlichen Selbstkonstruktion, sowie die umfassende Durchsetzung dessen, was Gerhard Schulze (1993) einst als die *Erlebnisgesellschaft* bezeichnete, die vorherrschenden Verständnisse von Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und einem guten Leben grundlegend verändert haben. Gerade im Zeichen des Neoliberalismus einerseits und des Rechtspopulismus andererseits haben sich die gängigen Interpretationen von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung weit entfernt von den Verständnissen von Mündigkeit und Verantwortlichkeit, die für die neuen sozialen Bewegungen bestimmend gewesen waren. Hatten die demokratisch-ökologischen Bewegungen der 1980er Jahre das emanzipierte und selbstbestimmte Subjekt, die mündige Bürger*in, noch klar als das reflektive, besonnene, selbstbeherrschte und selbstbegrenzte Subjekt verstanden; waren für sie also Freiheit und Mündigkeit noch – ganz kantisch – untrennbar gebunden an die Verpflichtung auf den *kategorischen Imperativ* (Kant 1785/1783) oder die *kommunikative Vernunft* (Habermas 1981), so gilt heute, im *Zeitalter der Trennungen* (Bauman und Jakubzik 2009, 51 ff.) die Befreiung aus genau diesen Verpflichtungen als we-

sentliche Bedingung des selbstbestimmten Lebens und der erfolgreichen Selbstverwirklichung. Als erstrebenswert, fortschrittlich – und

Wenn biophysische Grenzen immer deutlicher sichtbar werden, werden soziale Ungleichheit und Ausgrenzung zum Erfordernis der entgrenzten Selbstverwirklichung.

wettbewerbsfähig – gelten in modernen Gesellschaften Flexibilität, Mobilität, Vielseitigkeit und Einzigartigkeit. An die Stelle

des konsistenten, stabilen und einheitlichen Subjekts tritt in der *flüchtigen Moderne* (Bauman 2000) ein ebenso *flüchtiges* Subjekt – das die hergebrachten Ideale der Mündigkeit – mit all ihren restriktiven Elementen – weit hinter sich lässt. Denn für das *unternehmerische Selbst* (Bröckling 2007) verspricht die Befreiung aus den Pflichten, Verantwortlichkeiten und Moralimperativen, die dem älteren Begriff der Mündigkeit einbeschrieben sind, vielfältige neue Optionen der Selbstverwirklichung und verbesserte Aussichten auf Erfolg in der Wettbewerbsgesellschaft.

Für die Demokratie hingegen bedeutet dieser Werte- und Kulturwandel, diese *Befreiung aus der Mündigkeit*, eine erhebliche Herausforderung, schon weil hergebrachte Formen der demokratischen Organisation, Partizipation, Repräsentation und Legitimation davon ausgehen, dass mündige Bürger*innen halbwegs konsistente Werte und beständige Interessen haben, die sich mit *einer* Stimme angemessen artikulieren lassen. In der flüchtigen Moderne und für heutige Subjektivitätsverständnisse ist das aber weniger denn je der Fall. Entsprechend ist kaum verwunderlich, dass sich in modernen Gesellschaften höchst ambivalente Haltungen gegenüber der Demokratie herausbilden (Dahl 1994; Dalton 2004). Hatte Russel Dalton (2008) noch von einer Verschiebung im Verständnis von Bürgerschaft von „duty-based citizenship“ hin zu „engaged citizenship“ gesprochen, bezeugt heute gerade der Rechtspopulismus ein hohes Maß an *disengagement* und was Bauman als die *Sezession der Erfolgreichen* (Bauman und Jakubzik 2009, 63 ff.) beschreibt, illustriert dieselbe Tendenz. Demokratische Verfahren und Institutionen erscheinen den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen – aus je verschiedenen Gründen –

nicht nur immer weniger geeignet, die zunehmend komplexen und drängenden sachlichen Probleme moderner Gesellschaften zu bewältigen, sondern darüber hinaus geraten demokratische Werte wie Gleichheit, Partizipation und Inklusion immer offener in Konflikt mit den Verständnissen von Freiheit, Selbstbestimmung und einem guten Leben, die zum gesellschaftlich vorherrschenden Ideal geworden sind.

Gerade wenn biophysische Grenzen immer deutlicher sichtbar werden, werden soziale Ungleichheit und *Ausgrenzung* sogar zum unbedingten Erfordernis der *entgrenzten* Selbstverwirklichung, die von wesentlichen Teilen der Gesellschaft als unverhandelbarer Anspruch und selbstverständliches Freiheitsrecht verteidigt wird (Brand und Wissen 2017; Lessenich 2017). Und die Wahrnehmung dieser mehrfachen *Dysfunktionalität der Demokratie* (Blühdorn 2018, 2019, 2020a) betrifft nicht mehr nur die liberale Demokratie – die vielleicht sogar am allerwenigsten – sondern auch und vor allem die egalitären, partizipativen und deliberativen Verständnisse von Demokratie, die die ökologisch-emanzipatorischen Bewegungen noch vehement eingefordert und als Königsweg zu einer sozial und ökologisch befriedeten Gesellschaft gesehen hatten. Nach der Befreiung aus der Mündigkeit, die in der neoliberalen Wettbewerbsgesellschaft als signifikanter Gewinn erscheint, werden gerade diese Verständnisse von Demokratie besonders als dysfunktional und – genau so, wie Polanyi es der „liberalen Philosophie“ angekreidet hatte – als freiheitsberaubende „Zumutung“ (Batz 2019) wahrgenommen. Umgekehrt erscheinen die entgrenzten Freiheits- und Berechtigungsansprüche, die keineswegs nur in den obersten Teilen der Gesellschaft umgesetzt und bedingungslos verteidigt werden,

Nach der Befreiung aus der Mündigkeit werden egalitäre Verständnisse von Demokratie als freiheitsberaubende „Zumutung“ wahrgenommen.

nicht nur denen als Zumutung, die aufgrund mangelnder Ausstattung mit den entsprechenden Kapitalien von den geltenden Idealen des guten Lebens ausgeschlossen bleiben, sondern auch denen, die in den entsprechenden Lebensstilen eine fundamentale Bedrohung für

das globale Klima, für ihre eigene Zukunft und für das Überleben der Menschheit sehen.

So führt die Befreiung aus der Mündigkeit zu einer Politisierung und Polarisierung *be-grenzter* und *ent-grenzter* Lebensweisen, die sich im gegenwärtigen Konflikt zwischen Rechtspopulismus und neuer Klimabewegung unübersehbar niederschlägt. Auf beiden Seiten provoziert sie autoritäre Reaktionen und nährt einen politischen Diskurs und eine politische Kultur, die sich von den Idealvorstellungen der partizipativen und deliberativen Demokratie

Die Befreiung aus der Mündigkeit führt zu einer Politisierung und Polarisierung be-grenzter und ent-grenzter Lebensweisen.

weit entfernt haben. Sie entfaltet eine Dynamik, in der das *democratic fatigue syndrome* (van Reybrouck 2016; Appadurai 2017), die

nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit (Blühdorn 2007, 2011, 2020b) und die *Zuflucht ins Autoritäre* (Decker und Brähler 2018) sich wechselseitig verstärken und weiter verfestigen. Und die digitale Revolution, die von nati-

onalen Regierungen allenthalben als Prioritätsprojekt vorangetrieben wird, setzt den Abschied von der Mündigkeit mit all seinen Folgen nicht nur in radikalierter Weise fort, sondern macht sie womöglich endgültig unumkehrbar.

4. Digitale Revolution

Die digitale Revolution wird oftmals als umfassende Modernisierung von Politik und öffentlicher Verwaltung präsentiert (Bernhard et al. 2019). Ähnlich wie in den 1970er Jahren die partizipatorische und Anfang der 1990er die kommunikationstechnologische Revolution mit großen Hoffnungen für die Demokratisierung der Demokratie verbunden waren, wird heute auch die digitale Revolution verbreitet als Möglichkeit zur Erneuerung der ermüdeten Demokratie betrachtet. Während traditionelle politische Organisationen wie Parteien oder Gewerkschaften kontinuierlich an Bedeutung verlieren (Dalton 2008; Butzlaff et al. 2011; Wiesendahl 2013), und auch neue politische Akteure wie soziale Bewegungen oft Schwierigkeiten haben, sich über relativ begrenzte Protestzyklen hinaus zu verstetigen und zum Subjekt politischer Transformationsprojekte zu werden (Tarrow 2011/1994), wird neuen Formen der *Liquid-Democracy*, *E-Democracy* und *digitalen Demokratie* mitunter erhebliches Potenzial für die Erneuerung und Revitalisierung der Demokratie zugeschrieben. Verflüssigte Informations-, Koordinations- und Entscheidungsstrukturen über interaktive Plattformen, Bürger*innenbeteiligungsprojekte und Online-Wahlen sollen den komplexen Identitä-

Wesentliche Teile der Filterblasen- und Echokammernkommunikation lassen sich als post-rational, post-argumentativ und insgesamt post-deliberativ beschreiben.

ten, spezialisierten Interessen sowie den knappen Zeit- und Energieressourcen moderner Bürger*innen besser entsprechen als die etablierten Institutionen und Verfahren der Demokratie (Hoff 2010; Kalff 2017). Neue *civic technologies* sollen auch in der individualisierten und beschleunigten Gesellschaft Möglichkeiten zur Interaktion und Kooperation bieten, die „Transaktionskosten“ (Zittel 2007) für politische Beteiligung senken, und dem eine Stimme zu geben, was einige als die „digitale Willensnation“ bezeichnen (Graf und Stern 2018). Dabei gelten der individuelle Zugang zu Informationen, Kommunikation und un-hierarchischer Bildung über entsprechende Online-Angebote und Social Media als wichtiger Schlüssel zur informierten und entscheidungswilligen Gemeinschaft der *digital citizens* (Maier-Rabler et al. 2012; Atteneder und Maier-Rabler 2016). Gleichzeitig sollen gewählte Repräsentant*innen und die öffentliche Verwaltung durch die digitale Revolution in die Lage versetzt werden, die Bedürfnisse der Bürger*innen differenzierter als bisher zu erfassen und abzubilden, schneller und zielsicherer zu reagieren und also die demokratische Repräsentation und Responsivität deutlich zu verbessern (Zittel 2010; Ulbricht 2019, 2020).

Diese Hoffnungen bzw. Erwartungen sind insofern nicht unbegründet, als soziale Bewegungen oder einzelne Akteur*innen die digitalen Medien in der Tat sehr erfolgreich als Mittel der Information, Kommunikation, Koordination und Mobilisierung nutzen und damit eine erhebliche Reichweite haben können. Der „Rezo-Effekt“ während der deutschen Bundestagswahl 2019 ist dafür ein aktuelles und sehr prägnantes Beispiel. Erstens allerdings werden diese neuen Medien mindestens ebenso bzw. sogar noch effizient(er) von Akteuren genutzt, die völlig andere Verständnisse von Information, Demokratie und Beteiligung haben; und zweitens beziehen sich solche Hoffnungen auf digitale Emanzipationsmöglichkeiten durch *civic technology* letztlich auf Partizipation und Teilhabe im Verständnis des modernistischen Ideals des bürgerlichen Vernunftsubjekts und mündiger Bürger*innen. Die eigentliche Ursache der demokratischen Dysfunktionalität – den beschriebenen Werte- und Kulturwandel und den Abschied von der Mündigkeit – erfassen diese Idealvorstellungen von der digital erneuerten Demokratie nicht. Vielmehr tun sie so, als gehe es lediglich darum, demokratischen Bürger*innen neue Mittel an die Hand zu geben, um unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen demokratische Normen, Ansprüche und Erwartungen zu verwirklichen, die ihrerseits als weitgehend unverändert und unproblematisch vorgestellt werden. Zu der sowohl demokratie- als auch nachhaltigkeitspolitisch entscheidenden Entgrenzungsdynamik bieten die neuen *civic technologies* keinerlei Gegengewicht. Tatsächlich therapiert die digitale Revolution an keiner Stelle die Symptome der demokratischen Ernüchterung, ganz zu schweigen von deren Ursachen. Im Ge-

In der digitalen Revolution radikalisieren sich die Selbstbezüglichkeit und die Entgrenzung eigener Ansprüche auf Freiheit und Selbstbestimmung.

genteil verstärkt sie beides sogar – nicht zuletzt, indem sie die Ausdifferenzierung der politischen Öffentlichkeit erheblich zuspitzt und die Qualität des politischen Diskurses grundlegend verändert.

Die demokratische Agora, den integrierenden öffentlichen Raum, in dem sich die vielfältigen gesellschaftlichen Akteure – im Idealfalle – zum

kollektiven gesellschaftlichen Subjekt konstituieren und dessen innere Spannungen verhandeln, zerlegt die digitale Revolution in fein ausdifferenzierte und streng gegeneinander abgegrenzte Diskursarenen (Ritzi 2019), in denen die Komplexität der Außenwelt jeweils radikal reduziert wird, Information nur sehr selektiv Zugang findet bzw. anschlussfähig ist, und Sinnerzählungen produziert und gepflegt werden, die nur unter Bedingungen hoher Komplexitätsreduktion und strenger Abschottung von abweichenden Sichtweisen Bestand haben. In diesen verengten Diskursräumen ist nicht ausschlaggebend, was einer sachlichen Überprüfung bzw. öffentlichen Rechtfertigung standhält, sondern was sich individuell und situationsbezogen *richtig anfühlt* und Sinn macht (Fischer 2019). Öffentliche Medien hingegen, kritische Journalist*innen und Intellektuelle, sowie die Wissenschaften, die den integrierenden öffentlichen Raum bespielen und eine möglichst gesamtgesellschaftliche Realitätswahrnehmung schaffen und vermitteln wollen, werden als *Lügenpresse* denunziert, als *Volksfeinde* diskreditiert oder schlicht ignoriert.

Die civic technologies treiben die Entzivilisierung der Gesellschaft bedenklich voran.

In der Dimension individuumsbezogener Sinnbedürfnisse und Sinnverarbeitung ist dies die Entsprechung zu der bei Luhmann beschriebenen Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Funktionssystemen, die – als ebenfalls *sinnverarbeitende* Systeme – nach ihren je eigenen, hochspezifischen und exklusiven Codes operieren (Luhmann 1984). In ganz ähnlicher Weise reduzieren auch digitale Filterblasen und Echokammern die Komplexität und installieren Denkblockaden und Denkverbote, die die gesellschaftliche Fragmentierung und Polarisierung befördern und den demokratischen Diskurs ersticken. Nach der Vorstellung der Befürworter*innen der partizipatorisch-deliberativen Demokratisierung der Demokratie sollte es in diesem demokratischen Diskurs eigentlich darum gehen, die Vielfältigkeit miteinander konfligierender, aber allemal unhintergebarerer Freiheits-, Selbstbestimmungs- und Gleichberechtigungsansprüche von sich immer neu und verändert konstituierenden Subjektivitäten zu verhandeln und in einer Balance zu halten

(Rancière 2011, S. 139). Dieser Diskurs sollte auf den Prinzipien der Offenheit, der Gleichheit, des Zuhörens und gleichberechtigten Ernstnehmens (Dobson 2014), des wechselseitigen Respekts, der Notwendigkeit der Begründung und der Rechtfertigung am Maßstab des Ideals einer öffentlichen Vernunft beruhen, auch wenn letztlich kein *besseres Argument* (Habermas 1992) den endgültigen Ausschlag geben kann. In den Echokammern der digitalen Kommunikation und sozialen Medien hat all dies – also die unverzichtbaren Regeln der demokratischen Deliberation – aber nur noch wenig Bedeutung bzw. wird es gezielt außer Kraft gesetzt (Froitzheim 2017). Kriterien der Rationalität und Überprüfbarkeit verlieren ebenso ihre Geltung wie soziale Hemmschwellen der Moralität und gegenseitigen Achtung der Persönlichkeit. Stattdessen lassen sich wesentliche Teile der Filterblasen- und Echokammernkommunikation als eindeutig post-rational, post-argumentativ, post-faktisch und insgesamt *post-deliberativ* beschreiben. Sie sind ausschließlich nach innen gerichtet und selbstreferenziell; und sie sind ausdrücklich nicht über Differenzierungsgrenzen hinweg im Habermasschen Sinne *verst ndigungsorientiert*. Auch weil die Aufmerksamkeitsökonomie im Netz die stetige Tabuverletzung und Verschiebung jeweils geltender Toleranzgrenzen erzwingt, treiben die *civic technologies* in der Praxis die *Entzivilisierung* (Nachtwey 2017) der Gesellschaft bedenklich voran. Hier wiederholt undverst rkt sich noch einmal der Abschied aus der Mündigkeit und der Verantwortlichkeit. Hier radikalieren sich die Selbstbezüglichkeit und die Entgrenzung eigener Ansprüche auf Freiheit und Selbstbestimmung, die sowohl dem demokratischen Projekt als auch dem der sozial-ökologischen Transformation den Boden entzieht, und dem eingangs beschriebenen Doppelnotstand Vorschub leistet.

Demokratiethoretisch gesehen – und in Bezug auf eingangs formulierten Fragen – liegt das eigentlich Revolutionäre der digitalen Revolution allerdings darin, dass sie das in der *flüchtigen Moderne* ohnehin schon höchst ambivalent gewordene Ideal der mündigen Bürger*in noch viel weitreichender suspendiert. Anstelle des

Die Digitalisierung nimmt der Demokratie ihre emanzipatorisch-transformative Kraft. Sie entzieht sie dem Projekt einer sozial-ökologischen Transformation den Boden.

zumindest dem Anspruch nach selbstbestimmten und mündigen Subjekts werden im Zuge der digitalen Revolution zunehmend Datenprofile zum Bezugspunkt für administrative, ökonomische, medizinische und anderweitige Entscheidungen (Ulbricht 2020). Nach Maßgabe der Interessen der jeweiligen Akteur*innen werden diese Profile aus individuellen, gruppenspezifischen oder gesamtgesellschaftlichen Datenspuren zusammengestellt und genutzt, ohne dass die Datengeber*innen davon ein Bewusstsein oder darüber Kontrolle hätten. Zwar wurden in der liberalen Verwaltungstechnik Bürger*innen seit langem in Datensetzen bearbeitet, doch die *Informationsverh ltnisse* (Poster 1990) des digitalen *Überwachungskapitalismus* (Zuboff 2018)

bedeuten insofern einen qualitativen Sprung, als die überall hinterlassenen Datenspuren zu warenhaften Vorhersageprodukten und die Bürger*innen zu Produzent*innen eines zur Verwertung bereit stehenden Daten berschusses werden. „Digitales Verbundensein“ befördert in diesem Szenario weder die demokratische noch die ökologische Mündigkeit, sondern ist nun vor allem „anderen Leuten“ ein willkommenes „Mittel zu“ ihren „geschäftlichen Zielen“ (Zuboff 2018, S. 24). Die Verabschiedung der mündigen Bürger*in und des autonomen Subjekts wird damit radikal zugespitzt. Die Datafizierung (Cukier und Mayer-Schoenberger 2013) löst die Einheit der Person und ihrer Persönlichkeit vollständig auf; sie *dividuiert* (Deleuze 1993) das als ganzheitliches vorgestellte Individuum, objektiviert das individuelle und kollektive Subjekt. Deren Anspruch auf Selbstbestimmung wird endgültig ausgesetzt bzw. wird seine Aktualisierung, soweit dieser Anspruch überhaupt noch besteht, ausgelagert in Diskursarenen, die speziell auf die „recreational performance“ (Blühdorn 2019, S. 12) und das Erleben von Subjektivität und Selbstbestimmung ausgerichtet sind (Blühdorn 2006, 2016; Deflorian 2020).

Die Komplexität, Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit von Individuen und Gesellschaft werden also immer weniger verhandelt sondern nur noch kartiert und verwertet. Der freie

Wille, die Würde, die Moralität des Individuums, und sein fortgesetztes Ringen mit der Diskrepanz zwischen normativem Wollen und faktischem Handeln werden fortschreitend irrelevant. Partizipation und Teilhabe bedeuten vor allem noch das Bereitstellen möglichst vielschichtiger Daten zur Verwendung und Verwertung durch Akteur*innen, von denen Repräsentation und Responsivität erwartet wird (Blühdorn und Butzlaff 2020). Im radikalen Gegensatz zu den Vorstellungen der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie taugt die solchermaßen verstandene Partizipation nur noch zur Legitimation und Reproduktion des Status Quo. Die Entwicklung neuer Vorstellungen und emanzipatorischer Perspektiven hingegen wird ausgesetzt. Eine Demokratisierung der Demokratie kann die Digitalisierung darum kaum bewirken. Vielmehr nimmt sie der Demokratie ihre emanzipatorisch-transformative Kraft. Und indem sie das autonome Subjekt und die mündige Bürger*in als normativen Kontrapunkt zum bloß Faktischen vollständig marginalisiert bzw. suspendiert, entzieht sie dem Projekt einer sozial-ökologischen Transformation nicht nur den Boden, sondern beschleunigt vielmehr noch die Entgrenzung der Freiheits- und Berechtigungsansprüche.

5. Das ausgeschlossene Dritte

Ausgangspunkt dieses Artikels war die Aktualität und wechselseitige Verschränkung der alten Thesen von der Selbstzerstörung der Demokratie, des pervertierten Liberalismus und der Unausweichlichkeit des autoritären Umweltstaates. Wir haben gefragt, wie sich der Zerfall des Vertrauens in die Demokratie – gerade auch mit Blick auf den ökologischen Notstand – erklären und vielleicht therapieren lässt. Insbesondere ging es uns auch um die Frage, ob eine Demokratisierung der Demokratie, wie sie bis in die Gegenwart hinein immer wieder gefordert wird, eine Aussicht auf eine Therapie für den demokratisch-ökologischen Notstand bietet. Ohne behaupten zu

Zugunsten von Lebensstilen und Selbstverwirklichungsidealen haben verschiedenste Gesellschaftsgruppen das Prinzip der Selbstbegrenzung und Selbstbeherrschung nach außen gewendet und in das Prinzip der sozialen Grenzziehung und Ausgrenzung übersetzt.

Demokratie verliert auf diese Weise ihren normativen Kern, dessen Verteidigung trotz der vielfältigen Warnungen vor der *Datendiktatur* (Helbing et al. 2017), dem *technologischen Totalitarismus* (Schirmacher 2015) und den *Fängen der Datenkraken* (Schröder und Schwanebeck 2017) zunehmend aussichtslos erscheint. Denn im Zeichen der digitalen Revolution adieren und radikalieren sich die *systemtheoretische* These von der Marginalisierung des bürgerlichen Vernunftsubjekts und die *subjekttheoretische* These von dessen Befreiung aus der Mündigkeit zur vollständigen Ablösung des bürgerlichen Vernunftsubjekts durch Algorithmen und künstliche Intelligenz, die die Funktion der Mündigkeit übernehmen. Jenseits der Auflösung ihres alten normativen Kerns entsteht derweil eine neue Form der Demokratie: die *simulative Demokratie* (Blühdorn 2013). Ihre Institutionen und Verfahren bedienen – soweit dafür ein Bedarf besteht – weiter das Narrativ der Mündigkeit und Selbstbestimmung. Ein transformatives Potential haben sie jedoch weder in politisch-sozialer noch in ökologischer Hinsicht.

wollen, damit eine allein ausreichende Antwort zu geben, haben wir die These verfolgt, dass eine gemeinsame Ursache für die Erschöpfung der Demokratie und den ökologischen Notstand in der Entgrenzung der Freiheit liegt. Wir haben ausgeführt, dass unter Bedingungen des Abschieds von der Mündigkeit, der in ganz verschiedenen Teilen der Gesellschaft vollzogen und von der digitalen Revolution radikalisiert und zementiert wird, eine demokratische Bearbeitung des ökologischen Notstands nicht sehr aussichtsreich ist, sondern die Entgrenzung der Freiheits- und Berechtigungsansprüche sich vielmehr weiter beschleunigt.

Uns war jederzeit klar, dass die Rede von der entgrenzten Freiheit unvermeidlich in den Verdacht gerät, konservativ, anti-emanzipatorisch oder gar reaktionär zu sein. Wir sind aber der Ansicht, dass die hergebrachten herrschaftskritischen und emanzipatorischen Ansätze sowohl mit Blick auf den demokratischen als auch auf den ökologischen Notstand in eine Sackgasse geraten sind. Und wir sind fern davon, auch nur anzudeuten, dass eine autoritäre Transformation zur Nachhaltigkeit aussichtsreich, wahrscheinlich oder überhaupt möglich wäre. Vorsichtig sind wir insbesondere gegenüber der gängigen Erzählung, die demokratisch-ökologische Krise ließe sich durch eine Rückeroberung der Demokratie durch all jene therapieren, deren Selbstbestimmung und Würde der Kapitalismus mit Füßen tritt (Crouch 2008; Dean 2009; Mouffe 2018). Nicht weniger unzureichend erscheinen uns allerdings die Versuche, den Niedergang der Demokratie sowie die geringe Handlungsfähigkeit der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik vor allem den *illiberalen* und *klimawandelleugnenden* Rechtspopulisten anzulasten (Schaller und Carius 2019). Auch die neuerliche Behauptung, das Problem liege primär bei der *liberalen* Demokratie (z.B. Lessenich 2019; Asara 2019; Langer 2019) scheint uns angesichts des Abschieds von der Mündigkeit wenig plausibel. Wir haben den Verdacht: Auf ihre je eigene Weise tragen diese Ansätze – auch wenn sie alle eine gewisse Berechtigung haben – wohl mehr zur Sicherung als zur Überwindung der demokratisch-ökologischen Nicht-Nachhaltigkeit bei (Blühdorn 2020b). Und alle gemeinsam verdunkeln sie den entscheidenden Punkt, den wir hier beleuchten wollten:

Angesichts der Befreiung aus der Mündigkeit ist die mehrheitsautoritäre und exklusionsdemokratische Sicherung der Nicht-Nachhaltigkeit das wahrscheinlichste Szenario.

Auf der Suche nach mehr Freiheit und Selbstbestimmung haben sich wesentliche, ideologisch durchaus gegensätzlich orientierte Gesellschaftsgruppen von dem Ideal der politischen Mündigkeit verabschiedet, das nicht nur eine unverzichtbare Grundlage der Demokratie ist, sondern in dem emanzipatorische Bewegungen bis in die Gegenwart das entscheidende Korrektiv für die sozial-ökologische Krise moderner Gesellschaften und den Schlüssel zu einem *guten Leben für Alle* sehen. Zugunsten

von Lebensstilen und Selbstverwirklichungs-idealen, von denen zwar unstrittig ist, dass sie sich nicht generalisieren lassen, die gleichwohl aber von einer vielschichtigen Mehrheit als essenzielles Freiheitsrecht und unverhandelbarer Berechtigungsanspruch mit aller Entschiedenheit verteidigt werden, haben sie das dem Begriff der kantischen Mündigkeit inhärente Prinzip der *Selbstbegrenzung* und *Selbstbeherrschung* nach außen gewendet und übersetzt in das Prinzip des *othering*, d.h. der sozialen Grenzziehung und Ausgrenzung – innergesellschaftlich sowie über zwischenstaatliche Grenzen hinweg. Entsprechend wird nicht nur die liberale, sondern mehr noch auch die partizipative, egalitäre und deliberative Demokratie zunehmend als dysfunktional und als „Zumutung“ erfahren – ebenso wie eine effektive Klimapolitik oder gar eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft zur Nachhaltigkeit.

Wenn – und in dem Maße wie – die hier zentral gemachte These von der Befreiung aus der Mündigkeit und der entgrenzten Freiheiten zutreffend ist, hat die Vorstellung, man könne die Demokratie mit ein paar nachbesessenden Innovationen – etwa durch den weiteren Ausbau von Beteiligungsrechten (Narval 2018), die Stärkung individueller Freiheitsrechte (Möllers 2020) oder durch den Einsatz von neuen *civic technologies* (Graf und Stern 2018) reparieren, etwas geradezu Groteskes. Ebenso grotesk ist die Ansicht, eine Demokratisierung der Demokratie könne eine sozial-ökologische Transformation befördern. Vielmehr bestätigt sich die radikale Kritik von Jodi Dean: „The appeal to democracy is [...] an appeal to the status quo for more of the same“ (Dean 2009, S. 93). Das Nachjustieren von Stellschrauben bei den vorhandenen Institutionen ist möglich und in vielerlei Hinsicht dringend wünschenswert. Doch nach der Befreiung aus der Mündigkeit sind die Aussichten auf eine Erneuerung, eine Demokratisierung, der Demokratie und eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit weniger günstig denn je. Die digitale Revolution, deren Neuerungen von gesellschaftlichen Mehrheiten als Zugewinn an Bequemlichkeit und Lebensqualität gern genutzt und klar

befürwortet werden, radikalisiert den Zweifel, dass moderne Gesellschaften zukünftig noch die politisch-kulturellen Ressourcen zur Verfügung haben werden, um die demokratisch-ökologische Krise in der Weise zu überwinden, wie die emanzipatorischen Bewegungen sich das vorgestellt hatten. Die Entwicklung in China veranschaulicht die durchdringende Datafizierung der Bürger*innen im digitalen Panoptikum (Bauman und Lyon 2018), und es gibt wenig Grund zu der Annahme, dass die digitale Revolution in Europa einen grundsätzlich anderen Weg nehmen könnte.

Die Rede vom *Abschied aus der Mündigkeit* und der *entgrenzten Freiheit* zielt also ausdrücklich nicht darauf, bestimmte gesellschaftliche Gruppen für unmündig zu erklären und sie abschätzig zu disqualifizieren. Ebenso sind wir entfernt davon, die alte Kritik zu erneuern, mit der konservative und liberale Eliten seit jeher zur Sicherung ihrer eigenen Privilegien die Emanzipations- und Gleichberechtigungsansprüche anderer Gesellschaftsteile als exzessiv und zerstörerisch denunziert haben. Die Befreiung aus der Mündigkeit wird vielmehr, so unsere These, von den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen auf ihre je eigene Weise vollzogen – insbesondere auch von solchen, die in besonderem Maße ökologische und demokratische Mündigkeit für sich in Anspruch nehmen. Wenn aber eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit überhaupt möglich sein soll, dann ist eine Rückbesinnung auf dieses aufklärerische Ideal eine unverzichtbare Vorbedingung. Denn anders können die Neuverhandlung der entgrenzten Freiheitsansprüche und eine kollektive Selbstbegrenzung kaum gelingen.

Die Aussichten dafür sind, wie gesagt, nicht günstig. Aber die Fokussierung auf die Befreiung aus der Mündigkeit trägt nicht nur dazu bei, ein sehr viel differenzierteres Verständnis der drei eingangs festgehaltenen Tendenzen und ihrer wechselseitigen Verschränkung zu schaffen. Sie wirft auch ein Schlaglicht auf eine entscheidende Schwachstelle in der bisherigen Diskussion: In der einschlägigen Literatur werden immer noch verbreitet die jeweiligen Vor- und Nachteile einer demokratischen Transformation zur Nachhaltigkeit und ihrer „diktatorischen Alternative“ (Shearman und Smith 2007; Beeson 2010; Buchstein 2012) besprochen. Und immer wieder wird betont, moderne Gesellschaften bzw. die Menschheit insgesamt hätten die Wahl zwischen kollektiver Selbstbegrenzung und kollektivem Selbstmord (Thunberg 2019). Solche Narrative zeugen von einer sonderbaren Blindheit, denn angesichts der Befreiung aus der Mündigkeit und des pervertierten Liberalismus ist ein drittes Szenario das bei weitem Realistischste: Die *mehrheitsautoritäre* und *exklusionsdemokratische* Sicherung der Nicht-Nachhaltigkeit (Blühdorn 2019, 2020a). Damit schließt sich der Kreis zu Platons Tyrannis und zu den herrschaftskritischen Ansätzen, die wir in diesem Artikel bewusst in den Hintergrund gestellt haben. Denn je weniger die demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit noch als realistisches Projekt erscheint, desto mehr wird der Kampf gegen dieses dritte Szenario zum zentralen Nachfolgeprojekt.

Literaturverzeichnis

- Alexander, Amy C.; Inglehart, Ronald; Welzel, Christian (2012): Measuring effective democracy: A defense. In: *International Political Science Review* 33 (1), S. 41–62.
- Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney (1963): *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations.* Princeton, NJ: Princeton Univ. Pr.
- Appadurai, Arjun (2017): Demokratiemüdigkeit. In: Heinrich Geiselberger (Hg.): *Die grosse Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit.* Berlin: Suhrkamp, S. 17–35.
- Asara, Viviana (2019): Die Grenzen der liberalen Demokratie: Aussichten auf eine Demokratisierung der Demokratie. In: Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa: *Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte zwischen Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa.* Hg. v. Hanna Ketterer und Karina Becker. Berlin: Suhrkamp, S. 139–151.
- Atteneder, Helena; Maier-Rabler, Ursula (2016): Politische Bildung 2.0 – die „digitale Bildungsrevolution“ am Beispiel „Polipedia.at“. In: *gwu* 1, S. 40–48.
- Baatz, Ursula (Hg.) (2019): *DEMOKRATIE! Zumutung oder Zukunft. Die Alternative zu Demokratie ist Demokratie: Doch wie soll sie aussehen?*
- Barry, John (1999): *Rethinking green politics. Nature, virtue and progress.* London: SAGE.
- Bauman, Zygmunt (2000): *Liquid Modernity.* Cambridge: Polity.
- Bauman, Zygmunt; Jakubzik, Frank (2009): *Gemeinschaften. Auf der Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bauman, Zygmunt; Lyon, David (2018): *Daten, Drohnen, Disziplin. Ein Gespräch über flüchtige Überwachung.* Berlin: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (Hg.) (1994): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2003/1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beeson, Mark (2010): The coming of environmental authoritarianism. In: *Environmental Politics* 19 (2), S. 276–294.
- Bernhard, Irene; Gustafsson, Mariana; Hedström, Karin; Sefyrin, Johanna (2019): A Digital Society For All?: Meanings, Practices and Policies for Digital Diversity. *Proceedings of the 52nd Hawaii International Conference on System Sciences, 2019*, p. 3067-3076. Hawaii, USA.
- Bertelsmann Stiftung (2014): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden.* Gütersloh.
- Biermann, Frank (2012): Planetary boundaries and earth system governance: Exploring the links. In: *Ecological Economics* 81, S. 4–9.
- Blühdorn, Ingolfur (2006): Self-Experience in the Theme Park of Radical Action? In: *European Journal of Social Theory* 9 (1), S. 23–42.
- Blühdorn, Ingolfur (2007): Sustaining the unsustainable: Symbolic politics and the politics of simulation. In: *Environmental Politics* 16 (2), S. 251–275.
- Blühdorn, Ingolfur (2011): The Politics of Unsustainability: COP15, Post-Ecologism, and the Ecological Paradox. In: *Organization & Environment* 24 (1), S. 34–53.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende.* Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur (2016): Das postdemokratische Diskursquartett. Kommunikative Praxis in der simulativen Demokratie. In: *Psychosozial* 139 (1), S. 51–68.
- Blühdorn, Ingolfur (2018): Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft. In: *Berlin J Soziol* 28 (1-2), S. 151–180.
- Blühdorn, Ingolfur (2019): The dialectic of democracy: modernization, emancipation and the great regression. In: *Democratization*, S. 1–19. DOI: 10.1080/13510347.2019.1648436.
- Blühdorn, Ingolfur (2020a): Demokratie der Nicht-Nachhaltigkeit. Begehung eines umweltsoziologischen Minenfeldes. In: Blühdorn (2020) – *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet.* Mit Beiträgen von Felix Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost, Mirijam Mock. Bielefeld: transcript, S. 287-328.
- Blühdorn, Ingolfur (2020b): Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose. In: Blühdorn, Ingolfur (2020) – *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet.* Mit Beiträgen von Felix Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost, Mirijam Mock. Bielefeld: transcript, S. 65–142.

- Blühdorn, Ingolfur; Butzlaff, Felix (2020): Democratization beyond the post-democratic turn: towards a research agenda on new conceptions of citizen participation. In: *Democratization* 27 (3), S. 369–388.
- Blühdorn, Ingolfur; Kalke, Karoline (2019): Befreiung aus der Mü(n)digkeit: Demokratische Krise, flüchtiges Subjekt und digitale Revolution. In: Ursula Baatz (Hg.): *DEMOKRATIE! Zumutung oder Zukunft. Die Alternative zu Demokratie ist Demokratie: Doch wie soll sie aussehen?*, S. 33–48.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom Verlag.
- Brennan, Jason (2018): *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Berlin: Ullstein Taschenbuch Verlag.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Buchstein, Hubertus (2012): Umweltpolitik in Diktaturen und Demokratien. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns (Schriften zur Demokratie, 26)*, S. 51–61.
- Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hg.) (2011): *Genossen in der Krise. Perspektiven sozialdemokratischer Parteien in Europa*. Göttingen, Niedersachs: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Chen, Geoffrey C.; Lees, Charles (2018): The New, Green, Urbanization in China: Between Authoritarian Environmentalism and Decentralization. In: *Chin. Polit. Sci. Rev.* 3 (2), S. 212–231.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cukier, Kenneth; Mayer-Schoenberger, Viktor (2013): The Rise of Big Data: How it's changing the Way We Think about the World. In: *Foreign Affairs* 28, 2013 (92).
- Dahl, Robert A. (1994): A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. In: *Political Science Quarterly* 109 (1), S. 23.
- Dalton, Russell J. (2004): Democratic challenges, democratic choices. The erosion of political support in advanced industrial democracies. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Dalton, Russell J. (2008): Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation. In: *Political Studies* 56 (1), S. 76–98.
- Dean, Jodi (2009): *Democracy and other neoliberal fantasies. Communicative capitalism and left politics*. Durham: Duke University Press.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft/ Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Hg. v. Elmar Brähler und Oliver Decker. Gießen: Psycho-sozial-Verlag (Forschung psychosozial).
- Deflorian, Michael (2020): Transformative Bewegungen? Nischenaktivismus zwischen Management und Überwindung der sozial-ökologischen Krise. In: Blühdorn, Ingolfur (2020) – *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Mit Beiträgen von Felix Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost, Mirijam Mock. Bielefeld: transcript, S. 205–226.
- Deleuze, Gilles (1993): *Unterhandlungen. 1972 - 1990*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dietz, Kristina; Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und "natürliche Grenzen". In: *PROKLA* 39 (156), S. 351–369.
- Dobson, Andrew (2014): *Listening for democracy. Recognition, representation, reconciliation*. Oxford: Oxford University Press.
- Dryzek, John S. (2000): *Deliberative democracy and beyond. Liberals, critics, contestations*. Oxford: Oxford Univ. Press (Oxford political theory).
- Eckersley, Robyn (2019): Ecological democracy and the rise and decline of liberal democracy: looking back, looking forward. In: *Environmental Politics*, S. 1–21.
- Europäisches Parlament (2019): *Protokoll der Sitzung vom Donnerstag, den 28. November 2019*.
- Fischer, Frank (2019): Knowledge politics and post-truth in climate denial: on the social construction of alternative facts. In: *Critical Policy Studies* 13 (2), S. 133–152.
- Froitzheim, Ulf J. (2017): Echokammern sind nicht harmlos. In: Christoph Kappes, Jan Krone und Leonard Novy (Hg.): *Medienwandel kompakt 2014–2016*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–108.
- Giddens, Anthony (1997): *Modernity and self-identity. Self and society in the Late Modern Age*. Stanford, Calif.: Stanford Univ. Press.
- Graf, Daniel; Stern, Maximilian (2018): *Agenda für eine digitale Demokratie. Chancen, Gefahren, Szenarien*. Zürich: NZZ Libro.
- Gutmann, Amy; Thompson, Dennis F. (2004): *Why deliberative democracy?* Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1 Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. 2 Bände*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardin, Garrett James (1968): The tragedy of the commons. In: *Science* (New York, N.Y.) 162 (3859), S. 1243–1248.
- Hardin, Garrett James (1977): *The limits of altruism. An ecologist's view of survival*. Bloomington, Ind.: Indiana Univ. Press.
- Hausknost, Daniel (2020): Die gläserne Decker der Transformation. Strukturelle Blockaden im demokratischen Staat. In: Blühdorn, Ingolfur (2020) - Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Mit Beiträgen von Felix Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost, Mirijam Mock. Bielefeld: transcript, S. 143–172.
- Heilbroner, Robert L. (1974): *An inquiry into the human prospect. Looked at again for the 1990s*. New York: Norton.
- Helbing, Dirk; Frey, Bruno S.; Gigerenzer, Gerd; Hafen, Ernst; Hagner, Michael; Hofstetter, Yvonne et al. (2017): Digitale Demokratie statt Datendiktatur. In: Carsten Könneker (Hg.): *Unsere digitale Zukunft. In welcher Welt wollen wir leben?* Berlin: Springer, S. 3–21.
- Held, David (2006): *Models of democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Hoff, Jens (2010): The Internet and Democratic Citizenship: Theory, Practice and Policy. In: *Information, Communication & Society* 13 (8), S. 1230–1232.
- Illich, Ivan (1998/1973): *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*. München: C.H. Beck.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton/New Jersey.
- Inglehart, Ronald (1998): *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Inglehart, Ronald (2018): *Cultural evolution. People's motivations are changing, and reshaping the world*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Inglehart, Ronald; Welzel, Christian (2005): *Modernization, cultural change, and democracy. The human development sequence*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Jonas, Hans (2017/1979): *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kaase, Max (1982): Partizipatorische Revolution — Ende der Parteien? In: Joachim Raschke (Hg.): *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Bd. 6. Opladen: Westdt. Verl., S. 173–189.
- Kaase, Max (1984): The Challenge of the "Participatory Revolution" in Pluralist Democracies. In: *International Political Science Review* 5 (3), S. 299–318.
- Kalff, Yannick (2017): Digitalisierung und Demokratisierung. Betriebliche Mitbestimmung im Spannungsfeld zwischen Individuierung, Kontrolle und Emanzipation. Kolleg Postwachstumsgesellschaften. Jena (Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, 6/2017).
- Kant, Immanuel (1985/1783): *Was ist Aufklärung? Aufsätze zur Geschichte und Philosophie*. Hg. v. Jürgen Zehbe. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Langer, Claudia (Hg.) (2019): *Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen! 12 Forderungen für eine bessere Zukunft*. München: Blessing.
- Lessenich, Stephan (2017): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser Berlin.
- Lessenich, Stephan (2019): *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Ditzingen: Reclam.
- Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *Am Polit Sci Rev* 53 (01), S. 69–105.
- Luhmann, Niklas (1971a): *Komplexität und Demokratie*. In: Niklas Luhmann (Hg.): *Politische Planung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35–45.
- Luhmann, Niklas (Hg.) (1971b): *Politische Planung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1986): *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lührmann, Anna; Lindberg, Staffan I. (2019): A third wave of autocratization is here: what is new about it? In: *Democratization* 26 (7), S. 1095–1113.
- Macpherson, Crawford Brough (1977): *The life and times of liberal democracy*. Oxford.
- Maier-Rabler, Ursula; Huber, Stefan; Schmid, Astrid (2012): Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke. Politische Partizipation lernen im Web 2.0. In: *Forum Politische Bildung* (35).
- Mair, Peter (2013): *Ruling the void. The hollowing of Western democracy*. London: Verso.

- Meadows, Dennis L.; Meadows, Donella H.; Zahn, Erich; Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.
- Möllers, Christoph (2020): Freiheitsgrade. Über liberale Elemente im politischen Feld. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Mouk, Yascha (2018): Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht. München: Droemer.
- Nachtwey, Oliver (2017): Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften. In: Heinrich Geiselberger (Hg.): Die grosse Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 215–231.
- Narval, Philippe (2018): Die freundliche Revolution. Wie wir gemeinsam die Demokratie retten. Wien, Graz, Klagenfurt: Molden.
- Offe, Claus (2003): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main: Campus-Verl.
- Ophuls, William (1977): Ecology and the politics of scarcity. Prologue to a political theory of steady state. San Francisco: Freeman.
- Pateman, Carole (1970): Participation and democratic theory. Cambridge England: Cambridge University Press.
- Platon (1982): Der Staat (Politeia). Stuttgart: Reclam.
- Polanyi, Karl (1978): The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Poster, Mark (1990): The mode of information. Poststructuralism and social context. Cambridge: Polity Press.
- Rancière, Jacques (2011): Der Hass der Demokratie. Berlin: August Verl.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzi und Wolf J. Schünemann (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven. Bielefeld: transcript (Band 1), S. 61–82.
- Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin; Persson, Asa; Chapin, F. Stuart; Lambin, Eric F. et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: Nature 461 (7263), S. 472–475.
- Runciman, David (2018): How democracy ends. London: Profile Books.
- Schaller, Stella; Carius, Alexander (2019): Convenient Truths: Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. adelphi. Berlin.
- Schirrmacher, Frank (Hg.) (2015): Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte. Berlin: Suhrkamp.
- Schmidt, Manfred G. (2008): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Schröder, Michael; Schwanebeck, Axel (Hg.) (2017): Big Data - in den Fängen der Datenkraken. Die (un-)heimliche Macht der Algorithmen. Baden-Baden: Nomos.
- Schulze, Gerhard (1993): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Schumpeter, Joseph A. (2008/1947): Capitalism, socialism and democracy. New York: Harper Perennial Modern Thought.
- Sennett, Richard (1999): The corrosion of character. The personal consequences of work in the new capitalism. New York, NY: Norton.
- Shearman, David; Smith, Joseph Wayne (2007): The climate change challenge and the failure of democracy. Westport, Conn.: Praeger (Politics and the environment).
- Tarrow, Sidney (2011/1994): Power in movement. Social movements, collective action and politics. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Thunberg, Greta (2019): Ich will, dass ihr in Panik geratet! Meine Reden zum Klimaschutz. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Tocqueville, Alexis de (Hg.) (1985/1834): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam.
- Ulbricht, Lena (2019): Big Data und Governance im digitalen Zeitalter. In: Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzi und Wolf J. Schünemann (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven. Bielefeld: transcript (Band 1), S. 289–308.
- Ulbricht, Lena (2020): Scraping the Demos. Digitalization, Web Scraping and the Democratic Project. In: Democratization 27 (3), S. 426–442.
- van Reybrouck, David (2016): Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Wainwright, Joel; Mann, Geoff (2013): Climate Leviathan. In: Antipode 45 (1), S. 1–22.

- WBGU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. [Hauptgutachten]. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin (Welt im Wandel).
- Wiesendahl, Elmar (2013): Kein Frischblut mehr. Anmerkungen zur Erforschung der Nachwuchskrise der Parteien. In: Ulrich von Alemann, Martin Morlok und Tim Spier (Hg.): Parteien ohne Mitglieder? Baden-Baden: Nomos (Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung, Band 46), S. 79–126.
- Willke, Helmut (2014): Demokratie in Zeiten der Konfusion. Berlin: Suhrkamp.
- Zittel, Thomas (2007): Participatory democracy and political participation. In: Thomas Zittel und Dieter Fuchs (Hg.): Participatory democracy and political participation. Can participatory engineering bring citizens back in? London: Routledge, S. 9–28.
- Zittel, Thomas (2010): Mehr Responsivität durch neue digitale Medien?: Nomos.
- Žižek, Slavoj (Hg.) (2010): Das Unbehagen im Subjekt. Wien: Passagen-Verl.
- Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Ingolfur Blühdorn ist Professor für soziale Nachhaltigkeit und Leiter des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie, Gesellschaftstheorie, der Wandel moderner Demokratien und umweltpolitische Theorie. Zu den wichtigsten deutschsprachigen Publikationen gehören *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende* (2013) und *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet* (2020)

Kontakt: Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn, ingolfur.bluehdorn@wu.ac.at, **Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)**, Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, Gebäude D5, A-1020 Vienna, Österreich

Karoline Kalke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich politische Soziologie, Subjekttheorien, Digitalisierung und Kritische Theorie.

Kontakt: Karoline Kalke, karoline.kalke@wu.ac.at, **Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN)**, Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 2, Gebäude D5, A-1020 Vienna, Österreich